

Barrierefreiheit im ÖPNV: Sommertour in Teltow-Fläming

Am 27. Juli 2022 war Christian Görke, Mitglied der Bundestagsfraktion DIE LINKE und deren finanzpolitischer Sprecher, auf Tour in Teltow-Fläming. Hauptthema dieser Tour war die Barrierefreiheit im ÖPNV. Erste Station war der **Bahnhof Großbeeren**. Dort erwarteten ihn Gemeindevertreterin Dr. Irene Pacholik (DIE LINKE) und Armin Jordan von der Gemeindeverwaltung Großbeeren. Sofort war klar: Für Menschen mit körperlichen Einschränkungen, Müttern mit Kinderwagen oder Reisenden mit schweren Koffern ist es einfach nicht möglich die vielen Stufen zu bewältigen, um auf einen anderen Bahnsteig zu gelangen. Die Bahn empfiehlt ihren Kund*innen »in Ludwigsfelde oder Teltow in die Bahn einzusteigen«, welcher Hohn! Zur Problematik des Bahnhofs in Großbeeren hörte die Gemeindeverwaltung 2020 das letzte Mal von der Bahn. Dabei ging es um Planungsansätze, denen zufolge vom östlichen P&R-Platz ein Weg zum Bahnsteig gebaut werden soll. Großbeeren ist kein Einzelfall, da im ganzen Land Brandenburg nur rund ein Drittel aller Bahnhöfe und Bahnsteige barrierefrei sind. Die nächste Station war der **Bahnhof Jüterbog**. Dort traf der Bundestagsabgeordnete auf die Stadtverordnete Maritta Böttcher und den ebenfalls aus Jüterbog stammenden Eisenbahn-Gewerkschafter und ÖPNV-Sachverständigen Jörg Podzuweit.

Abgesehen vom tropfenden Dach der Bahnsteig-Überdachung, fehlenden Sitzmöglichkeiten für die Bus-Umsteiger*innen und dem Zustand des verfallenen Bahnhofgebäudes, gab es auf der Vorderseite nicht viel zu bemängeln. »Barriere-Freiheit heißt, dass taktile und akustische Hilfsmittel für Sehbehinderte, sowie Hilfen für Mobilitäts-eingeschränkte Menschen vorhanden sind, all das gibt es hier«, sagte Görke. Doch in der Mitte des Tunnels, wo es zum Stadtteil Jüterbog II geht, endet die Barriere-Freiheit abrupt. Etwa

ein Viertel der Reisenden verlässt den Bahnhof in dieser Richtung. Mehr als eine steile Treppe, um den Tunnel wieder zu verlassen, sucht man dort vergeblich. Das Ziel, bis 2030 die Zahl der Bahnreisenden zu verdoppeln und die Aufstockung im Bundeshaushalt um 20 Millionen Euro, um die Attraktivität der Bahn zu erhöhen, reiche wahrscheinlich nicht mal für den Brandenburger Bedarf. Nur 100 der 300 Bahnhöfe im Land verdienen nach Görkes Recherche das Prädikat barrierefrei. »Der Bahnhof im als Mittelzentrum eingestuftes Jüterbog ist in dieser Hinsicht ein Schandfleck«, so Christian Görke. Bereits 2009 wurde die UN-Behindertenrechtskonvention durch Deutschland ratifiziert. Daran sollte sich im Jahre 2022 nun auch die Deutsche Bahn halten. Eine weitere Station der Sommertour war der Besuch der KiTa »Glühwürmchen« in Jüterbog. In einem Arbeitsgespräch mit der Leiterin zeigte Christian Görke Wege auf, wie die Finanzierung über die Kommune und dem Landkreis gesichert werden kann. Am Ende des Tages traf sich der Bundestagsabgeordnete mit interessierten Gästen zu

einem Roten Treff in lockerer Runde. Zunächst ließ er den Tag Revue passieren, ging dann auf die bundespolitischen Themen wie Klima, Pandemie und Ukraine-Krieg ein. Als finanzpolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion sprach er eine mögliche Übergewinn-Steuer und die Körperschaftssteuer, wie sie u. a. in Großbritannien und Spanien möglich sind, an. DIE LINKE steht für eine Energiepauschale von 125 Euro, für eine Deckelung der Energiepreise und eine Pendlerpauschale pro zehn Cent je gefahrenem Kilometer. Das 9-Euro-Ticket sollte es bis zum 1.1.2023 geben, danach das 365-Euro-Ticket für ein ganzes Jahr. Anschließend ging der Gast auf die Fragen der Anwesenden ein. Ein interessanter und erlebnisreicher Tag ging dann zu Ende und Christian Görke trat in den Abendstunden seine Heimreise mit der Bahn an. In Anlehnung an diesen Vorort-Termin findet in absehbarer Zeit ein Gespräch mit dem Konzernbeauftragten der Deutschen Bahn, Herrn Kaczmarek statt, um nach dringenden Lösungen zu suchen.

Hendrik Oechsle,
Wahlkreismitarbeiter



Maritta Böttcher und Jörg Podzuweit zeigten Christian Görke den Jüterboger Bahnhof (v. r. n. l.).



Jan-Peter Schulz

Thierisch gesehen

Liebe Leserin, lieber Leser, liebe Genossin, lieber Genosse,

in der letzten Ausgabe blickte ich mit großen Erwartungen und Hoffnungen auf den bevorstehenden Parteitag in Erfurt. Wurde alles erfüllt? Das muss sich zeigen. Was festgestellt werden kann, ist, dass Entscheidungen gefallen sind. Und diese auch zumeist deutlich. Das Signal des Parteitages – mehrheitlich gefasste Beschlüsse und Wahlen – ist also da. Die Geschlossenheit nach innen und außen müssen nun alle zeigen, indem sie diese Entscheidungen akzeptieren und zu ihnen stehen. Das ist erforderlich in einer demokratischen Partei, auch wenn sie ihre Pluralität immer wieder betont.

Besonders gefreut habe ich mich über die Wahl von unserem Brandenburger Genossen Tobias Bank zum Bundesgeschäftsführer. Ich kenne Tobias seit gut 20 Jahren und wünsche ihm von Herzen, dass er diese große Aufgabe erfolgreich meistert. Er ist ein Teamplayer und spielt immer fair. Das kann und muss nun auch von allen anderen (im Parteivorstand) erwartet werden!

FELIX THIER
Kreisvorsitzender

DIE LINKE.

Kreisverband Teltow-Fläming

VON HELMUT SCHOLZ

Bilanz und Ausblick – Halbzeit im Parlament

Teil 3 von 3

Ich sage klar: Unser Wiederaufrafpeln, eine überzeugende LINKE ist drin! Dazu gehört deutlich zu sagen, was und warum schlecht gelaufen ist. Dazu gehört, die Komplexität politischer Wirkungen zu erkennen und zu bedenken. Es gibt nicht »nur« lokales oder regionales oder bundesweites Handeln. Bürger*innen verstehen sehr wohl, dass eine Entscheidung im Bundestag oder gar im EP durchaus viel mit den Problemen vor Ort zu tun hat. Oft war positives Wirken von LINKEN in den Kommunen, vor Ort, durch das Agieren unserer Bundesebene leider beeinträchtigt.

Wie stellt sich nun unsere Truppe in Europa auf? Wie kann unsere LINKE-Delegation in Brüssel als treibende Kraft, als Impulsgeber in die Partei wirken? Eines ist klar: Wir müssen in unseren Antworten auf aktuelle Fragen schneller werden. Aktuell sind Themen zu schnell



Uwe Völkner/FOX

EUROPA UND KOMMUNE

durch andere beantwortet bzw. überlagert, bis wir zu einer Position kommen. Dann sind Themen oft schon abgeräumt – oder gar nicht mehr aktuell. Damit ist man für Bürger*innen nicht wählbar! Und das müssen wir doch sein, wenn wir mit den Menschen gemeinschaftlich und solidarisch Veränderungen bewirken wollen. Ich meine auch:

der anstehende Bundesparteitag im Juni 2022 muss durch uns aus Brüssel, von uns LINKEN aus dem EP heraus, bereits Punkte, Sichten und Ideen aufzeigen.

Ich sehe klar zwei Schwerpunkte in unserer kommenden Arbeit: Nachhaltigkeit bzw. Klimapolitik und Soziales. Beides bedingt einander und gehört zusammen. Hier kann und muss DIE LINKE punkten. Wie beeinflusst DIE LINKE hier Aspekte und wirkt in die Strukturen?

Wie nun weiter, wie nach vorn? Rücksichtnahme auf russische, chinesische, amerikanische, ... Interessen? Oder ist es nur noch ein Handeln nach eigenen Interessen? Zu welchem Preis? Und mit welchem Ziel? Ist das unser, ein linker Ansatz, von Internationalität, von Solidarität? Führt alles andere sonst nicht zum Recht des Stärkeren? Ich kämpfe für eine gerechtere Handelsordnung in der Welt, um Konflikte gar nicht erst zum Tragen kommen zu lassen. Daher werde ich auch weiter die EU-Gesetzgebung im Bereich der Handelspolitik als Schwerpunkt

meiner Arbeit im Blick behalten. Denn hier hat die EU schon heute alleinige Entscheidungskompetenz. Genauso, wie ich im Verfassungsausschuss weiterhin konsequent für die weitere Demokratisierung von Politik, für die vertragliche Stärkung aller Grundrechte der Menschen in der EU, Rechtsstaatlichkeit und Ausweitung von Bürger*innen-Teilhabe an und in den EU-Entscheidungsprozessen arbeiten werde.

**Aktuelles von mir finden
Sie jede Woche in meinem
Newsletter:
<https://kurzelinks.de/khio>**

Kontakt:

Helmut Scholz, MdEP
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: 030 227-71889
Telefax: 030 227-76819
E-Mail: wk@helmutscholz.eu
Newsletter:
kurzelinks.de/khio



Olaf Kostitz

BUNDESTAG UND KOMMUNE

VON ANKE DOMSCHEIT-BERG

Dr. Lisa-Marie Keller- mayr ist tot. Behörden- versagen bei digitaler Gewalt muss enden!

Die Ärztin Kellermayr nahm sich das Leben, nachdem sie monatelang von radikalen Impfgegnern bedroht wurde. Danach verkünden Medizinerinnen, Aktivistinnen und ein Jurist – alle mit hoher Reichweite – aus Selbstschutz ihren Rückzug von Twitter. Sie alle wurden aus dem gleichen Grund wie Kellermayr und von dem gleichen Mob mit digitalem

Terror überzogen und allein gelassen. Sie mussten weitgehend allein damit fertig werden, weil weder digitale Plattformen noch Behörden sie hinreichend schützten. Einen Dauerbeschuss mit Beleidigungen und Bedrohungen können aber die wenigsten unbeschadet aushalten, denn oft hat digitale Gewalt ganz konkrete Folgen für Seele, Leib und Leben. Wie viele andere Politiker*innen kenne ich die Auswirkungen digitaler Gewalt aus eigenem Erleben, aber auch die Erfolglosigkeit von Anzeigen bei der Polizei. Noch keine meiner Anzeigen ist jemals vor einem Gericht gelandet.

Als Linksfraktion im Bundestag setzen wir uns schon lange dafür ein, digitale Gewalt immer wieder auf die Agenda zu setzen. Nach einem Fachgespräch mit Jurist*innen und Verbänden, haben wir den sehr konkreten Antrag »Digitale Gewalt gegen Frauen« gestellt. Nach mehreren Jahren Bemühungen erreichte ich eine Anhörung dazu im Digitalausschuss. Immer wieder betonen wir die große Gefahr für die Demokratie, wenn wichtige und besonders häufig weibliche Stimmen aggressiv aus der Öffentlichkeit verdrängt werden, aber auch die stark unterschätzte digitale Dimen-

sion von Partnerschaftsgewalt, die beispielsweise online Stalking und Erpressung umfasst. Doch weiterhin wird bei digitaler Gewalt nicht angemessen ermittelt und verurteilt. Mal fehlt es in den Behörden an Kompetenz, mal an Ressourcen, mal am Ermittlungswillen, mal an allem. Digitale Gewalt kann jedoch einerseits genau wie physische Gewalt die Lebensqualität erheblich beeinträchtigen, aber sie ist außerdem eine Vorstufe zu physischer Gewalt. Und da 40 Prozent der Frauen in Deutschland bereits Gewalterfahrungen haben, sind für sie solche Bedrohungen nicht abstrakt, sondern real. Und natürlich kennt jeder den Mord an Lübke oder den Mord an einer Tankstelle nur wegen der Maskenpflicht. Es ist höchste Zeit, das Phänomen digitaler Gewalt strukturell anzugehen. Wir fordern mehr Forschung, mehr kompetente Fachkräfte bei Ermittlungsbehörden und Justiz und verpflichtende Weiterbildungen in der Fläche selbst zu Grundlagen, wie der digitalen Beweissicherung. In den Ländern braucht es Spezialstaatsanwaltschaften für digitale Gewalt und natürlich braucht es auch mehr Unterstützung für die Opfer, gut ausgestattete Beratungsstellen, die

im Akutfall direkten Beistand und auch psychosoziale Hilfe leisten können. Bei all dem müssen Bund und Länder eng miteinander kooperieren.

Die Bundesregierung darf nicht nur darauf hoffen, dass die Plattformen selbst konsequenter agieren, denn Strafverfolgung ist eine hoheitliche Aufgabe, die sich nicht delegieren lässt. Die strukturelle Straflosigkeit digitaler Gewalt muss ein Ende haben. Als digitalpolitische Sprecherin der Linksfraktion werde ich auch künftig dafür kämpfen. Engagierte Menschen dürfen nicht weiter vor die unerträgliche Wahl gestellt werden, ob sie Gesundheit, Wohlergehen und Leben riskieren, oder ob sie am gesellschaftlichen Leben teilhaben.

Kontakt:

Anke Domscheit-Berg, MdB
Fraktion DIE LINKE.
im Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: 030 227-73107
Telefax: 030 227-76107
E-Mail: anke.domscheit-berg@bundestag.de

VON ISABELLE VANDRÉ Ein Schutzschirm für Brandenburg!

Reicht mein Geld am Ende des Monats noch für eine warme Mahlzeit? Muss im Herbst unsere Heizung ausbleiben, weil Gas zu teuer wird? Was erwartet mich bei der nächsten Nebenkostenabrechnung und wie soll ich die bezahlen? Diese Fragen stellen sich viel zu viele Menschen angesichts der steigenden Lebensmittel- und Energiepreise. Der Angriffskrieg Putins auf die Ukraine hat eine Energiekrise zur Folge, die die soziale Spaltung in Deutschland weiter vorantreibt. Sie trifft auf die sozialen Folgen der Corona Pandemie und verschärft diese zusätzlich. Einer aktuellen INSA-Umfrage zufolge verzichtet jeder sechste Deutsche gar auf eine Mahlzeit, bei den Ärmsten mit unter 1.000 Euro Nettoeinkommen sogar jeder Dritte. Dabei stehen die größten Ausgabeposten mit den Energiekostenabrechnungen erst noch bevor.

Klar ist: Sobald die Nachzahlungen für Strom und Heizung kommen, werden sehr viele Menschen in finanzielle Schwierigkeiten geraten. Betroffen sein wird dann nicht nur der ärmste Teil der Bevölkerung, sondern auch die ökonomische Mitte der Gesellschaft. Oberste politische Priorität der kommenden Monate muss die Entlastung der Menschen sein. Als LINKE fordern wir im Bundestag die sofortige Erhöhung von Sozialleistungen, kämpfen für eine bedarfsgerechte Kindergrundsicherung und eine sofortige Deckelung der Energiekosten, wie sie bereits in neun anderen europäischen Ländern beschlossen wurde. Für Brandenburg fordern wir im Landtag einen Schutzschirm für die Menschen, die Kommunen und die Wirtschaft. Denn das Land hat zur Bekämpfung der Corona-Pandemie die Schuldenbremse ausgesetzt und ein Sondervermögen geschaffen, in dem noch 500 Millionen Euro zur Verfügung stünden. Zur unmittelbaren Entlastung der Haushalte mit geringen Einkommen, schlagen wir



LANDTAG UND KOMMUNE

einen Energie – Härtefallfonds nach dem Vorbild Berlins in der Höhe von 150 Millionen Euro vor. Außerdem fordern wir ein Unterstützungsprogramm mit 150 Millionen Euro für kommunale Wohnungsunternehmen und Energieversorger, um eine Preisstabilität zu gewährleisten. Sozialträger wie die Tafel oder die

AWO sollen ebenfalls durch ein finanzielles Sofortprogramm in der Höhe von 50 Millionen Euro gestärkt werden, um ihre Angebote aufrechtzuerhalten und ausbauen zu können. Gleichzeitig müssen wir jetzt in erneuerbare Energien investieren, um die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen zu überwinden. Hierfür schlagen wir einen Investitionsfonds mit 50 Millionen Euro vor. Geld ist da – es muss jetzt aber auch genutzt werden, um zu verhindern, dass noch mehr Menschen in die Armut rutschen.

Kontakt:

Isabelle Vandré, MdL
Fraktion DIE LINKE.
im Landtag Brandenburg
Alter Markt 1
14467 Potsdam
Telefon: 0331 966-1533
E-Mail: isabelle.vandre@linksfraktion-brandenburg.de
Facebook: facebook.com/isabelle.vandre



Bis zur Gleichstellung noch 132 Jahre ...

Die Schere zwischen den Geschlechtern ist weltweit aktuell so groß wie noch nie. Dies zeigt der aktuelle »Gender Gap Report 2022« von der Stiftung des Weltwirtschaftsforums. Der »Gender Gap Report« misst die geschlechtsspezifischen Unterschiede in 146 Ländern und verfolgt die Fortschritte im Laufe der Zeit, wobei man sich auf die relativen Unterschiede zwischen Frauen und Männer in vier Schlüsseldimensionen konzentriert: wirtschaftliche Teilnahme und Chancen, Gesundheit und Überleben, Bildungsabschlüsse sowie politisches Empowerment. Der aktuelle Report aus diesem Jahr hat ergeben, dass es noch 132 Jahre dauern wird, bis die globale Geschlechterklüft geschlossen ist. Es ließ sich feststellen, dass die



Geschlechterparität aktuell größer wird aufgrund der Corona-Pandemie (primär die Jahre 2020/2021). Die Lücken in den Bereichen Bildung, Gesundheit und Überleben sind zum großen Teil schon geschlossen. Hingegen sind die Fortschritte bei der wirtschaftlichen Teilnahme und den Chancen in der politischen Selbstbestimmung stagnierend bzw. regelrecht rückläufig. Was die Menschheit um eine Generation nach hinten geworfen hat. Dies sei unter anderem damit zu erklären, dass proportional mehr Frauen als Männer ihre Arbeitsstelle verloren haben. In der Hinsicht auf den Arbeitsmarkt ist die Ungleichheit größer gewesen als je zuvor seit Beginn der Erhebung 2006. Die Pandemie zwang mehr-

heitlich Frauen in traditionelle bzw. eher veraltete Rollenmuster zurückzukehren, aufgrund der Fürsorge-Arbeit, die weitestgehend zuhause geleistet werden musste, wie Kinderbetreuung und Homeschooling. Desweiteren wurde auch der Anteil von Frauen in Managerposten und die Bezahlung für gleiche Arbeit betrachtet, wobei insgesamt 104 Länder demnach fairere Löhne zahlen, als es in Deutschland der Fall ist. Dies ist aber nur ein aufgeführtes Beispiel. Trotz Frauenquote, Gender-Equality-Kampagnen

und Diversity-Programmen ist das Ergebnis des Gender Gap Reports 2022 eher ernüchternd und zeigt, dass es noch lange nicht ausreicht, was auf politischer und zwischenmenschlicher Ebene passiert. Es ist zum Beispiel in der Hinsicht traurig, dass in einem »modernen« Land mit »unendlichen Möglichkeiten« auf der anderen Seite des Atlantiks im Jahr 2022 alte, weiße Männer Frauen verbieten, selbst über ihren Körper entscheiden zu können. Umso wichtiger ist es, auch Frauen in der Politik und Gesellschaft zu fördern. Das es dafür DIE LINKE braucht, zeigt auch ein Blick auf den Frauenanteil in Managementorganen öffentlicher Unternehmen in 2022. Hier führen mit Berlin, Bremen, Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern Länder, in denen DIE LINKE mitregiert. Darauf sollten wir aufbauen. Vielleicht schaffen wir dann die Gleichberechtigung auch schneller als erst in 132 Jahren.

Svenja Lübbert

Kontakt:

Interessierte können zu uns per E-Mail Kontakt aufnehmen über:
teltow-flaeming@ljsbb.de

Wir sind zu wichtig, um zu scheitern

Am Wochenende vom 24. bis zum 26. Juni fand der Bundesparteitag der Partei DIE LINKE in der Messehalle in Erfurt statt. Als Delegierte nahmen auch Angelika Tepper (Blankenfelde-Mahlow) und Paul Herzlieb (Ludwigsfelde) für den Kreisverband Teltow-Fläming der LINKEN teil. Einige Gedanken der 32 Stunden dauernden Beratungen sollen auf dieser Seite in einem Interview dargestellt werden.

Welche Eindrücke bringt ihr aus Erfurt mit?

Angelika Tepper: Ich bin mit großen Hoffnungen und auch Ängsten zur Tagung gefahren. Von Beidem hat sich einiges erfüllt, aber es war auch ein sehr emotionales Erlebnis und auch ein besonderer Parteitag. Ich kann hier vergleichen, denn ich bin seit den 1990ern das fünfte Mal Delegierte auf einem Bundesparteitag – erst der PDS und dann der LINKEN.

Paul Herzlieb: Besonders bewundernswert war am Freitag die Rede der Parteivorsitzenden Janine Wissler. Zuerst einmal musste sie aufgrund des nicht abebbenden Applauses mit dem Start der Rede warten. Danach hielt sie eine sehr kämpferische Rede, für welche sie mehrere Minuten lang stehenden Applaus von fast der gesamten Halle bekam. Ich kann allen, welche diese Rede nicht verfolgt haben, empfehlen, diese noch nachträglich zu hören oder zu lesen.

In 32 Stunden kann man eine Menge beraten, aber auch vieles Zerreden. Wie habt ihr die Diskussionen erlebt und habt ihr das Gefühl, dieser Parteitag hat DIE LINKE vorangebracht?

Angelika Tepper: Ich meine Ja. Wir haben wichtige Beschlüsse mit den Leitanträgen gefasst und damit klar Position bezogen. Wir haben dringend notwendige Änderungen und Ergänzungen an unserem Statut vorgenommen und wir haben einen neuen, jungen und sehr motivierten Parteivorstand gewählt. Eine Chance ist auch, dass generell die Delegierten jünger waren als bei vorigen Parteitagen. Es gab immer wieder Erklärungen, zu einer gemeinsamen Arbeit und einem einheitlichen Auftreten und Agieren zurückzukehren. **Paul Herzlieb:** Vor den Wahlen hielt u. a. Gregor Gysi eine Rede zur Partei.



Angelika Tepper



Paul Herzlieb

Sein Fazit: »Wir sind zu wichtig, um zu scheitern.« Weshalb wir wieder miteinander, anstatt übereinander zu reden haben. Der Satzungsantrag, der vorsah, den Parteivorstand von 44 auf 26 Mitglieder zu verkleinern, erhielt die nötige Zweidrittelmehrheit, ein gutes Zeichen für ein konzentriertes Arbeiten.

Gab es aus eurer Sicht ein Thema, welches die Partei weiter prägen und auch verändern wird?

Angelika Tepper: Einen großen Raum nahmen die Diskussion und Entscheidungen im Rahmen der notwendigen MeeTo-Debatte ein. Hier haben aber vor allem die Delegierten der linksjugend ['solid] all das, was sie hier an Entscheidungen vorbereitet und an richtiger Diskussion angestoßen haben, mit ihrem häufig unwürdigen Auftreten und der pauschalen Verurteilung der Männer in unserer Partei kaputt gemacht. Entscheidend bleibt hier aber: Wir haben uns eine Richtlinie gegeben, wie wir hier weiterarbeiten wollen. Der Wille hierzu war von einer großen Mehrheit getragen.

Paul Herzlieb: Als eine Genossin, Opfer eines sexuellen Übergriffes, direkt im Anschluss an Janine Wisslers Wahl eine persönliche Stellungnahme abgab und sich echaufferte, dass man mit dieser Wahl weiterhin Täterschutz in der Partei betreiben möchte, wurde diese gnadenlos ausgebuht, was in meinen Augen äußerst unglücklich war. Man muss einer persönlichen Äußerung nicht zustimmen, diese aber, vor allem im Angesicht der aktuellen Probleme in unserer Partei zum Thema sexuelle Übergriffe und Sexismus, akzeptieren. Es gibt also noch einiges an Diskussionsbedarf.

Es war ja auch ein Wahlparteitag. Viel Zeit wurde mit der Aufstellung der Kandidatinnen und Kandidaten sowie den Wahlen genutzt. Wie steht ihr zu den Ergebnissen?

Paul Herzlieb: Auf der Liste zur Sicherung der Mindestquotierung für den Parteivorsitz taten sich die Bundestagsabgeordnete Heidi Reichennek und die bisherige Amtsinhaberin Janine Wissler hervor. Bei der Wahl konnte sich Janine mit 57,5 Prozent der Stimmen durchsetzen. Im Anschluss fand die Vorstellungsrunde der gemischten Liste für den Parteivorsitz statt, bei der ich persönlich die Rede von Sören Pellmann am stärksten fand. Gewählt wurde jedoch, mit einer Mehrheit von 61,3 Prozent, Martin Schirdewan. Besonders erfreulich war, dass sich der Brandenburger Tobias Bank mit 54,2 Prozent der Stimmen bei der Wahl zum Bundesgeschäftsführer durchsetzen konnte.

Angelika Tepper: Natürlich war auch deutlich, dass es bei jeder Wahlentscheidung Gewinner*innen und Verlierer*innen gab. Aber es waren diese genauso wie die inhaltlichen immer demokratische Entscheidungen, welche jetzt mit Leben erfüllt werden sollen – durch uns alle, aber auch durch den neuen Parteivorstand. Natürlich haben wir Brandenburger*innen uns besonders über die Wahl unseres Tobias Bank zum Bundesgeschäftsführer gefreut und werden ihn in seiner neuen Aufgabe unterstützen.

Alles in allem ein Parteitag, der DIE LINKE für die kommende Zeit voranbringen wird. Gab es dennoch für euch etwas Störendes?

Paul Herzlieb: Ich empfand die Verpflegung vor Ort als sehr überteuert. So wurde bei über 30 Grad eine

0,5l Flasche Wasser für vier Euro verkauft. Auch das Essen war nicht billiger. Vier Euro für eine Bratwurst, acht Euro für das vegane Gemüsecurry. Solidarität sieht da anders aus. **Angelika Tepper:** In den Berichten zum Parteitag in diversen Medien konnte ich allerlei umfassende Analysen zu den Strömungen in der Partei und ihr Agieren auf dem Parteitag lesen. Tut mir leid, ich sehe da kaum noch durch. Ich gehöre keiner Strömung an und ich bin der festen Überzeugung, sie sollen die Partei inhaltlich unterstützen und ihre Fachkompetenz einbringen. Sie sind und dürfen aber keine Machtzentren sein, die uns mit ihren unterschiedlichen Ansätzen immer wieder in andere Richtungen ziehen wollen. Wir sind und bleiben eine Partei des Friedens und der Solidarität. Wir sind für die Sorgen und Nöte der Menschen da.

Herzlichen Dank und viel Erfolg bei der Umsetzung der beschlossenen Punkte.

Das Interview führte **Reinhard Frank**, Am Mellensee

MITGLIEDER DES PARTEIVORSTANDES

Didem Aydurmus, Berlin
Tobias Bank (Bundesgeschäftsführer), Brandenburg
Lorenz Gösta Beutin, Schleswig-Holstein
Christine Buchholz, Hessen
Janis Ehling, Berlin
Kerstin Eisenreich, Sachsen-Anhalt
Wulf Gallert, Sachsen-Anhalt
Kathrin Gebel, Linksjugend ['solid']
Margit Glasow, Mecklenburg-Vorpommern
Ates Gürpınar (stellvertretender Parteivorsitzender), Bayern
Bettina Gutperl, Berlin
Stefan Hartmann, Sachsen
Sebastian Koch, Berlin
Dana Lützkendorf, Berlin
Mardones Orellana, Tupac, Rheinland-Pfalz
Ellen Ost, Thüringen
Luigi Pantisano, Baden-Württemberg
Jan Richter, Berlin
Martin Schirdewan (Parteivorsitzender), Thüringen
Katina Schubert (Stellvertretende Parteivorsitzende), Berlin
Jana Seppelt (stellvertretende Parteivorsitzende), Berlin
Maja Tegeler, Bremen
Frank Tempel, Thüringen
Daphne Weber, Niedersachsen
Janine Wissler (Parteivorsitzende), Hessen
Harald Wolf (Bundesschatzmeister), Hamburg

Interview mit Tobias Bank, neu gewählter Bundesgeschäfts- führer der LINKEN

Tobias, Du warst unser Direktkandidat zur Bundestagswahl im Wahlkreis 60 und hast ein Ergebnis deutlich über dem Bundestrend eingefahren. Jetzt bist Du Bundesgeschäftsführer der LINKEN. Hattest Du damit gerechnet, diese exponierte Position zu bekommen? Obwohl ich schon länger über eine Kandidatur als Bundesgeschäftsführer nachgedacht hatte, habe ich mich erst zehn Tage vor dem Bundesparteitag entschieden zu kandidieren. Es gab viel vorzubereiten und abzuwägen. Ich rechnete mir äußerst knappe Chancen aus. Trotzdem wollte ich ein inhaltliches Angebot machen und hab mich sehr gut vorbereitet. Bei den Vorstellungen in den einzelnen Landesdelegationen des Parteitages bekam ich dann immer häufiger immer positivere Rückmeldungen. Dabei habe ich nur vorgestellt, was für mich selbstverständlich ist und wie ich Politik angehe und begreife. Mit so viel Zustimmung hatte ich nicht gerechnet.

Was ist für Dich in der Politik selbstverständlich und wie gehst Du Politik an?

Für mich ist die kommunalpolitische Verankerung sehr wichtig und die beste Schule, um Politik und Demokratie zu verstehen und konkret werden zu lassen. Kommunalpolitik erdet einen und schafft einen starken Realitätsbezug. Ich bin seit ca. 1999 politisch aktiv, habe ehrenamtlich eine Jugendgruppe geleitet und bin seit ca. 2006 kommunalpolitisch tätig. 2008 wurde ich das erste Mal in die Gemeindevertretung gewählt, sitze seit 2010 zusätzlich im Kreistag, war acht Jahre Fraktionsvorsitzender und bin aktuell Vorsitzender der Gemeindevertretung. Diese Lebensschule hat mich als inzwischen 36-jährigen sehr geprägt. Daher frage ich mich bei politisch-inhaltlichen Themen häufig zuerst, welche Auswirkungen haben sie auf die Städte und Gemeinden und ihre Einwohner*innen. Dieser Ansatz sorgt bei mir dafür, Politik mit konkreten Vorschlägen und Angeboten zu gestalten und die hoch ideologischen Fragen nicht in den Mittelpunkt zu stellen.

DIE LINKE hat also einen pragmatischen Bundesgeschäftsführer, der von der Basis und nicht aus dem Politik-Apparat kommt ...

Vor allem einen ergebnisorientierten. Die Menschen können doch auf konkrete Verbesserungen nicht bis Pfingsten warten. Dazu gehört, nicht immer nur zu fordern. Das können wir als LINKE besonders gut. Klar ist es wichtig, politische Forderungen aufzustellen, damit Menschen überhaupt wissen, was wir wollen. Genauso wichtig ist aber auch zu sagen, wie die Forderungen umgesetzt oder finanziert werden sollen. Wir fordern in Bezug auf die steigenden Energiepreise z. B. einen



Die Landesvorsitzenden der LINKEN Brandenburg, Sebastian Walter und Katharina Slanina, gratulieren auf dem Parteitag Tobias Bank zu seiner Wahl.

Schutzschirm für arme und armutsgefährdete Menschen sowie aus technischen und geschichtlichen Gründen einen für die ostdeutsche Wirtschaft. Schutzschirm heißt z. B. eine finanzielle Entlastung für die Menschen durch kostenfreie oder kostengünstige Stromkontingente, Jobgarantien für die Werkstätigen in Schwedt und finanzielle Hilfen für die Glasindustrie in Thüringen. Bezahlen wollen wir diese Vorschläge durch eine Übergewinnsteuer.

Was ist denn eine Übergewinnsteuer?

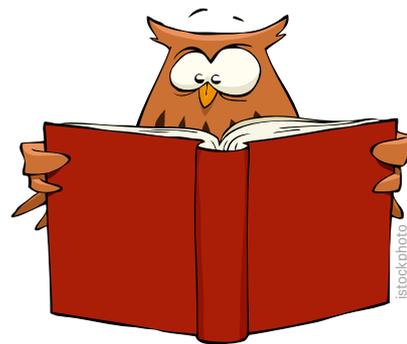
Das ist eine Steuer, die sogenannte Übergewinne abschöpft. Dabei geht es nicht um die normalen Gewinne. Dabei geht es um die Zusatzprofite, die größere Unternehmen derzeit durch die Krise und die Spekulationen einfahren. Diese sorgen bei uns nämlich aktuell für die höheren Rechnungen. Also wir bezahlen deren Extraprofite. Ein Beispiel: Der Öl-Konzern BP hat seinen Gewinn verdreifacht, Exxon fast vervierfacht. Shell und Total haben mehr als doppelt so viel verdient, wie im Jahr zuvor. Ein zweites Beispiel: Der Rüstungskonzern Rheinmetall hat seit Krisenbeginn seinen Unternehmenswert verdreifacht. Ein drittes Beispiel: Das Unternehmen RWE rechnet mit einer Gewinnerwartung von fünfeinhalb, statt bisher vier Milliarden Euro. Die Extraprofite sind also da und brauchen nur durch eine Übergewinnsteuer abgeschöpft werden. Italien, Großbritannien und Griechenland haben bereits eine solche Steuer. Österreich will sie einführen. Warum schafft das Deutschland nicht? So wäre zügig genug Geld für eine Entlastung der Menschen da.

Der Wahlkreis beziehungsweise die Region hat es Dir im Wahlkampf wohl angetan. Es gibt das Gerücht, dass Du in unsere Region ziehen willst?

Das ist tatsächlich so. Die Menschen hier, die Region, die Geschichte und die Kultur sind mir in den vergangenen zwei Jahren so ans Herz gewachsen, dass ich vom Havelland in Eure Region ziehen werde.

Das Interview führte
Maritta Böttcher, Jüterbog

L E S E U L E



Gregor Gysi: Was Politiker nicht sagen

Bereits im Titel begründet Gregor Gysi, warum Politiker etwas nicht sagen, »... weil es um Mehrheiten und nicht um Wahrheiten geht.«

Schon im Geleitsatz nimmt er die Politiker*innen aufs Korn, denen die meisten Menschen gleichgültig sind, weil es ihnen nur ums Geld geht. »Bevor Politiker Fragen beantworten, quatschen sie erst mal lange, damit sie nicht so viele Fragen beantworten müssen.«

Schon diese Sätze ließen mich neugierig auf die weiteren Erklärungen werden. Wer Gysi als politischen Redner der PDS in der Wendephase, später als Fraktionsvorsitzenden der Partei DIE LINKE bewusst verfolgt hat, der weiß, dass er sich weder durch böartige Zwischenrufe noch durch persönliche Angriffe davon abbringen lässt, die politischen Verantwortlichen beim Namen zu nennen und ihre z. T. unmenschlichen Entscheidungen, die Menschen mit wenig Lohn betreffend, auch als solche zu benennen. Er selbst hütet sich vor inhaltslosem Gefasel. »Ich bedere mich nicht an, ich vermeide Parteivokabular, ich packe nicht zu viel hinein in meine Sätze.« Ihm hören nicht nur Linksdenkende gebannt zu, weil er spricht, dass auch das »einfache Volk« ihn versteht, oft genug »übersetzt« er Politikerdeutsch in die »normalverständliche« deutsche Sprache.

Er stellt fest: »Die Bevölkerung spürt mehr und mehr, dass Politik etwas »verkauft«, indem man die Leute für zumindest naiv hält.«

»Meine Art ist eine andere: Ich möchte verstanden werden.« Ich denke, diese Grundauffassung sollten alle Menschen haben, besonders Politiker*innen. Das gilt auch für uns Linke, wenn wir von den Menschen gewinnen wollen, für die wir Politik machen.

Gysis Gedanken sind, thematisch in überschaubaren Kapiteln geordnet, leicht verständlich zu lesen. Manche Episode lässt mich schmunzeln, weil er auch viel Humor einsetzt, um sich verständlich zu machen. Beim politischen Aschermittwoch 2015 äußerte er sich wie folgt: »Ich fand das Plakat der CDU »Wer betrügt, der fliegt!« gut. Ich weiß nur nicht, wo wir mit der ganzen Bundesregierung hinsollen.« Gysis Buch ist informativ, stimmt nachdenklich – ist also lesenswert.

Ingrid Köbke, Nuthe-Urstromtal



Gregor Gysi
Was Politiker nicht sagen
Gebunden, 272 Seiten,
Ullstein, 22,00 Euro
ISBN 9783430210430

Landtagsmitglied Andrea Johlige besuchte Blankenfelde-Mahlow – Tombolaspende der LINKEN an Phönix e. V. übergeben

Am Freitag, dem 1.7.2022 besuchte die LINKEN-Landtagsabgeordnete Andrea Johlige die Gemeinde Blankenfelde-Mahlow.

Die Mitglieder der Fraktion DIE LINKE in der Gemeindevertretung, Angelika Tepper, Roland Scharp und Anke Scholz, begrüßten sie in der »Grünen Passage« und wir hatten die Gelegenheit, Themen aus der Kommunalpolitik zu besprechen, die Andrea Johlige mit in die Diskussionen der Landtagsfraktion nehmen kann.

Der Leiter der Regenbogen Kunst- und Musikschule, Wolfgang Locher, führte durch die Räumlichkeiten und berichtete über die Einrichtung, in der über 1.000 Schüler*innen musizieren, malen, tanzen und sich anderweitig künstlerisch betätigen. Zur Zeit findet man dort auch eine Ausstellung KLASSE: KUNST, ein Kooperationsprogramm für ästhetische Bildung im Fach Kunst, welches vom Land Brandenburg gefördert wird. Kinder der Jahrgangsstufen vier und fünf der Wilhelm-Busch-Grundschule in Kooperation mit dem Regenbogen e. V. zeigen dort ihre Werke.

Im Anschluss gab es ein Gespräch mit Uta Barnstorf vom Happy Kids e. V., der Verein, in dem sich Tagesmütter und Tagesväter organisiert haben. Ein Danke gab es, dass zwischenzeitlich seitens der Kommune, Kreis und Land Regelungen existieren, die es Tagespflegepersonen in der Praxis schon einfacher machen.

Die Integrationsbeauftragte Barbara Radtke und die Vorsitzende des Phönix e. V., Sara Lietsch, rundeten unser Programm an diesem Tag ab. Natürlich kamen Migration und Integration als Gesprächsthemen nicht zu kurz, Politik zum Anfassen oder Live berichtet. Nun hatten wir aber auch die Gelegenheit, dem Phönix e. V. die Spende vom Familienfest der LINKEN Teltow-Fläming vom 1. Mai zu übergeben. Der Verein bedankte sich herzlich für die Wertschätzung und Anerkennung der Leistungen.

Anke Scholz, Fraktionsvorsitzende der LINKEN in der Gemeindevertretung Blankenfelde-Mahlow



Landtagsmitglied Andrea Johlige (l.) und Roland Scharp (2. v. l.), Vorsitzender der LINKEN in Blankenfelde-Mahlow, bei der Spendenübergabe.

Unterstützung für Sozialhilfeverein

Am 11.7.2022 haben wir in Ludwigsfelde u. a. die Erlöse von der Luckenwalder Familienfest-Tombola (1. Mai-Fest) an den Verein Solbra »Sozialmanagement im Land Brandenburg e. V.« übergeben. Silvio Pape und Tobias Lübbert übergaben als Vertreter von Stadt- und Kreisverband der LINKEN die insgesamt 340 Euro an Henri Vogel (Vorsitzender des Solbra e. V.).

Der Solbra e. V. betreibt in Ludwigsfelde das »Haus der kleinen Preise«, einen Gebrauchtwarenhandel mit fairen Preisen für Bedürftige, eine Lebensmittelausgabe und ist stark in der Flüchtlingshilfe verwurzelt. Gerade die aktuelle Krise habe viele zum Spenden bewegt. Leider waren unter den Sachspenden auch viele kaputte und nicht mehr verwendbare Kleidungsstücke, die dem Verein viel wertvolle Zeit

beim Sortieren und der Weitergabe der Spenden kosteten. Auch die Spritpreise sowie die gesunkenen Lebensmittelpenden aus dem Einzelhandel auf Grund der hohen Einkaufspreise, bringen den Verein aktuell an die Belastungsgrenze.

Alle reden über die Schlangen an den Flughäfen, aber kaum einer erwähnt die Schlangen an der Essensausgabe. Diese haben sich laut Vogel mittlerweile drastisch verlängert. Die ersten Anfragen aus Nachbargemeinden musste man nun schon ablehnen, da das eigene Klientel so stark angewachsen sei, dass nicht mehr sicher ist, wie lange noch jede*r eine angemessene Menge an Lebensmitteln erhalten könne. Neben den bisherigen Kund*innen kommen nun auch Menschen, die bisher nicht auf die Angebote von Tafeln und Essensausgaben ange-



wiesen waren, sich aber angesichts rasant steigender Energie- und Lebensmittelpreise nun nicht mehr anders zu helfen wissen. Entsprechend freudig nahm Henri Vogel die 340 Euro der LINKEN entgegen, die bereits jetzt schon

verplant sind. Weitere Spenden sind immer gern gesehen.

Infos hierzu gibt es unter www.solbra.de

Tobias Lübbert, Kreisgeschäftsführer DIE LINKE. Teltow-Fläming

VORGESTELLT:

Eine von uns

Franziska Lorenz

ist 29 Jahre alt, macht gerade ihr Fachabitur im Bereich Soziales am OSZ Teltow-Fläming und möchte danach soziale Arbeit studieren.

Was ist für dich links?

Links ist für mich soziale Gerechtigkeit und Gleichheit.

Was regt dich auf?

Mich regt auf, wie viel rechtsradikales Gedankengut es immer noch gibt!

Was hat dich in letzter Zeit am meisten überrascht?

Dass ich mein Fachabitur angefangen habe und, nachdem ich seit über zehn Jahren aus der Schule raus bin, immer noch hinterher komme.

Vaterland, Mutterland, Deutschland – wie gern lebst du hier?

Tatsächlich lebe ich gerne hier.

Welche Eigenschaften schätzt du an Menschen besonders?

Besonders wichtig sind mir Hilfsbereitschaft, Loyalität und Ehrlichkeit.

Was bedeuten dir Kunst und Kultur?

Kunst und Kultur sind total wichtig! Ich mag z. B. sehr gerne Museen und gehe auch unglaublich gern auf Konzerte oder Festivals.

Was würdest du an Ludwigsfelde ändern?

*Mehr Wohnungen für Azubis oder Student*innen, die bezahlbar sind!*

Die Fragen stellte

Tobias Lübbert

Inflation, Öl und Gas auf Rekordniveau – Die Ampel ist unsozial!

Ölkonzerne fahren Milliardengewinne ein. Gas wird so teuer, dass ein Durchschnittshaushalt es sich kaum noch leisten kann. Landwirtschaft und Lebensmittelindustrie müssen die höheren Speditions- und Produktionskosten an die Verbraucher*innen weitergeben. Butter kostet teilweise drei Euro, Sprit an die zwei Euro und Gas kostet mittlerweile ein Vielfaches mehr als zu Jahresbeginn. Kurz gesagt: die Gering-, Normal- und Nichtverdienenden (Arbeitslose, Studierende und Rentner*innen) drehen jeden Cent immer öfter um.

Und die Bundesregierung? Die SPD taucht ab. Die Grünen machen Energie Deals mit Staaten, in denen Menschenrechte de facto nicht existieren und wollen mehr und mehr Waffen liefern, obwohl in ihrem Wahlprogramm klar »keine Waffenlieferungen in Kriegsgebiete« steht. Und der Kopf der FDP, Schattenkanzler Christian Lindner, weiß gar nicht, ob es überhaupt Übergewinne gibt. Er will Steuersenkungen, die mehr den Großverdiener*innen helfen als denen, die es nötig hätten und feiert eine Luxushochzeit auf Sylt, zu der Oppositionschef Friedrich Merz (CDU) mit Privatjet fliegt.

Was für uns Bürger*innen bleibt sind ein Tankrabatt, der mehr in die Taschen der Ölkonzerne floss, als Pendler*innen zu entlasten. Oder

eine 300 Euro Energieprämien-Mogelpackung, die nicht einmal alle Bürger*innen erhalten. Und die zugegebenermaßen gute Idee des 9-Euro-Tickets, dem aber die Probleme eines Ballungsgebiets (zu wenige Transportmittel) und des ländlichen Raums (kaum ÖPNV-Verbindungen) entgegenstehen. Für Hartz-IV-Empfänger*innen und Eltern gab es kleinere Entlastungsversuche, die die Inflation aber längst aufgeessen hat. Die Inflation wird durch die Gasabhängigkeit Deutschlands gefördert. Nicht ohne Grund musste der Bund beim Gasimporteur Uniper einsteigen. Aber anstatt den Konzern so zu stützen, dass die Preise für die Verbraucher*innen halbwegs stabil blieben, geben die Ampelparteien »Gasspartipps« wie kalt und kurz duschen oder Pullover statt Heizung. Diese Tipps, die jedes Kind kennt und die die Mehrheit der Geringverdiener*innen schon lange mehr als nur ausreizen muss, zeugen davon, wie abgehoben und realitätsfern SPD, FDP und Grüne mittlerweile sind. Sie leben in einer Blase, in der die untere Hälfte der Bevölkerung nur noch bei Wahlen wahrgenommen wird!

Geld für eine echte Entlastung der eigenen Bevölkerung wäre vorhanden, das beweist die absurde Querfinanzierung der Kriegslobby mit 100 Milliarden Euro für die Bundeswehr.

Echte Entlastung wird es nur mit einer Übergewinnsteuer auf Krisen- und Kriegsgewinne und einem Preisdeckel für Energieträger und Grundnahrungsmittel geben. DIE LINKE fordert das. Viele Staaten Europas haben bereits eine Übergewinnsteuer eingeführt. In Deutschland lehnt sie die FDP ab. Doch mittlerweile hat Bremen, mitregiert von der LINKEN, einen Antrag zur Einführung der Übergewinnsteuer im Bundesrat eingereicht. DIE LINKE macht den Unterschied!

Auch bei der eigenen Energieproduktion ist noch viel Luft. In Deutschland werden aktuell 80 Prozent der landwirtschaftlichen Abfälle wie Gülle und Stroh nicht in Biogasanlagen verwertet! Auch bei Solar-, Windenergie und alternativen Brennstoffen sind noch viele weiße Flecken auf der Landkarte. Hier schlummert ein großes Potenzial zur Verringerung von Importabhängigkeit und Inflation. Das wichtigste aber muss sein: Dieser Krieg, das Blutvergießen, muss enden! Beide Seiten müssen zurück an den Verhandlungstisch. Die Ausfuhr von Getreide über den Seeweg ist ein guter erster Schritt, wenn sich denn alle an die Vereinbarungen halten.

Tobias Lübbert, Kreisgeschäftsführer DIE LINKE. Teltow-Fläming

DABEI SEIN:**TERMINE UND AKTIONEN****Sommertreff Stadtverband Luckenwalde**

18.8.2022, 14 Uhr
Grillplatz Jüterboger Straße, Luckenwalde

Beratung Kreisvorstand

24.8.2022, 19 Uhr
Kreisgeschäftsstelle Luckenwalde

Friedensfest

1.9.2022, ab 14 Uhr
Strandbad Klausdorf, Am Mellensee

Beratung Fraktion DIE LINKE/BV SVV Luckenwalde

6.9.2022, 18.30 Uhr
»Goldene 33« in Luckenwalde

Vorstandssitzung**Regionalverband TF Süd**

7.9.2022, 18.30 Uhr
Geschäftsstelle DIE LINKE
Große Straße 62, Jüterbog

Vorstandssitzung**Regionalverband TGL**

12.8.2022, 18 Uhr
Geschäftsstelle DIE LINKE
Albert-Tanneur-Straße 17, Ludwigsfelde

Beratung Redaktion**Linksblick**

21.9.2022, 17.30 Uhr
Kreisgeschäftsstelle Luckenwalde

Beratung Kreisvorstand

21.9.2022, 19 Uhr
Kreisgeschäftsstelle Luckenwalde

Treffen »Aktiven Gruppe Nord«

26.9.2022, 18 Uhr
Geschäftsstelle DIE LINKE
Albert-Tanneur-Straße 17, Ludwigsfelde

Roter Treff

28.9.2022, 16 Uhr
Geschäftsstelle DIE LINKE
Große Straße 62, Jüterbog

Gemeinsame Beratung Kreisvorstand und Kreistagsfraktion

8.10.2022, 10 Uhr
im Regionalverband TF Süd

**DIE LINKE. Teltow-Fläming
 VOR ORT UND
 IM NETZ:**

**Geschäftsstellen
 und Bürgerbüros**

14943 Luckenwalde
 Zinnaer Straße 36
 Telefon: 03371 632267
 Telefax: 03371 636936
 E-Mail: info@dielinke-tf.de
 dielinke-luckenwalde.de

14913 Jüterbog
 Große Straße 62
 Telefon: 03372 432691
 Telefax: 03372 443033
 E-Mail: tf.sued@dielinke-teltow-flaeming.de
 dielinke-tf-sued.de

14974 Ludwigsfelde
 Albert-Tanneur-Straße 17
 Telefon: 03378 510653
 Telefax: 03378 510654
 E-Mail: ludwigsfelde@dielinke-tf.de
 dielinke-ludwigsfelde.de

facebook.com/dielinke.tf
instagram.com/dielinke.tf

Auch interessant:
 dielinke-rangsdorf.de
 dielinke-zossen.de
 dielinke-blankenfelde-mahlow.de

Spendenkonto

Mittelbrandenburgische
 Sparkasse Potsdam (MBS)
 IBAN:
 DE80 16050000 3633027415

**Leserbriefe und Zuschriften
 sind ausdrücklich
 erwünscht.**

@
**Bestellen Sie
 den Linksblick
 online per
 E-Mail**



Impressum
 Herausgeber: DIE LINKE.
 Kreisverband Teltow-Fläming
 V.i.S.d.P.: Felix Thier
 vorsitz@dielinke-tf.de
 Redaktion: Maritta Böttcher
 redaktion@dielinke-tf.de
 Redaktionsschluss: 29. Juli 2022
 Layout und Druck: MediaService GmbH
 Druck und Kommunikation
 Gedruckt auf Circleoffset Premium White,
 100% Recycling
 Auflage: 1.700, August 2022
 Veröffentlichte Beiträge müssen
 nicht in jedem Fall mit der Meinung
 des Herausgebers übereinstimmen.

22. Zuckertütenfest in Jüterbog

Fröhliches Kinderlachen und Musik schallte am 13. August 2022 durch den Jüterboger Schlosspark, denn eine Woche vor Schulbeginn lud unsere Partei DIE LINKE wieder zu ihrem traditionellen Zuckertütenfest ein. Maritta Böttcher, die langjährige Organisatorin dieser Veranstaltung, eröffnete das Fest pünktlich um 14.30 Uhr und freute sich über viele ehrenamtliche Helfer*innen, die zum Gelingen des Events beitrugen. Begrüßen konnte Sie auch unseren Kreisvorsitzenden, Felix Thier, unseren Kreisgeschäftsführer, Tobias Lübbert, unseren Bundesgeschäftsführer, Tobias Bank, sowie Mitglieder aus dem Kreisvorstand Teltow-Fläming. Sie alle ließen es sich nicht nehmen, beim 22. Zuckertütenfest im Schlosspark dabei zu sein. Entstanden ist die Idee einst, weil bedürftigen Kindern mit dem Verschenken von Zuckertüten eine Freude bereitet werden sollte. Aber mittlerweile ist die Veranstaltung zu einem richtigen Familienfest geworden, was nicht nur von den Jüterboger Kindern, sondern auch von vielen Mädchen und Jungen mit Migrationshintergrund besucht wird. Bei jeder Menge Spaß und Spiel durften die Schulanfänger*innen zusammen mit ihren Geschwistern und Eltern einen schönen Nachmittag erleben, denn geboten wurde eine Menge. So konnten die Kinder auf der Hüpfburg toben oder sich lustige

Gesichter schminken und Tattoos auftragen lassen. Aber auch selber Steine und Holzfiguren bemalen, basteln oder einen modellierten Luftballon mit nach Hause nehmen. Bei einem Malwettbewerb wurden wieder die zehn schönsten Bilder prämiert. Dieses Mal bekamen die kleinen Künstler*innen T-Shirts von der Firma Werbegrad. Wer wollte, konnte sich an einem Roller-Parcours der Fahrschule Fasit versuchen oder andere sportliche Aktivitäten wagen. Dafür stand zum Beispiel ein Geschicklichkeitsspiel zur Verfügung, welches vom Heimatverein schon für das Jahr 2024 anlässlich des 850. Jahrestages von Jüterbogs Stadtrecht gefertigt wurde. Außerdem waren aktive Mitglieder der Feuerwehr Jüterbog mit einem Tanklöschfahrzeug vor Ort, was von den Kindern in Beschlag genommen und untersucht werden durfte. Die Kreishandwerkerschaft hatte Holzfiguren mitgebracht, vor oder mit denen sich die Mädchen und Jungen fotografieren lassen konnten. Dazu sorgte DJ Macky wieder für jede Menge Unterhaltung mit Musik. Und zum Naschen gab es neben den Süßigkeiten aus der Zuckertüte auch noch vieles andere mehr, wie selbstgebackenen Kuchen und Popcorn. Höhepunkt des Nachmittags war natürlich dann das bunte Zuckertütenrundell.

Unter großem Hallo wurde das Tuch, welches die Zuckertüten bedeckte, u. a. von Maritta, Tobias und Felix gelüftet, so dass jedes Schulkind eine Zuckertüte ergattern konnte. Die Tüten für Nayla, Fritz, Lenya, Mika, Emilia, Hanna oder Nikola und all die anderen Schulanfänger*innen waren natürlich nicht nur mit Naschwerk, sondern mit allerlei nützlichen Dingen für die Schule gefüllt. Niemand ging leer aus, alle bekamen »ihre« Tüte und die Freude darüber stand den Mädchen und Jungen buchstäblich ins Gesicht geschrieben. Alle Helferinnen und Helfer des Festes waren glücklich über die Vielzahl der Kinder und Eltern, die auch in diesem Jahr wieder so zahlreich erschienen sind und es ist schon jetzt klar, dass es auch ein 23. Zuckertütenfest im nächsten Jahr geben wird. Tobias Bank dankte Maritta mit den Worten: »Du bist die gute Seele!«, aber auch allen anderen, die zum Gelingen des Festes beitrugen, sprach er ein herzliches Dankeschön aus.

Sabine Schütte,
 Jüterbog

